

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die positiven Aspekte des SPD-Korruptionsskandals vorweg: Die Selbstreinigungskräfte unserer Demokratie funktionieren durch eine unabhängige Justiz, durch konkurrierende und damit kontrollierende Parteien und durch die Medienfreiheit weiterhin auch im politischen Bereich. Fehlverhalten kommt irgendwann ans Tageslicht und wird nach Maßgabe der Gesetze bestraft. Außerdem hat die unerträgliche Arroganz und Heuchelei der SPD ihr Ende gefunden.

Wir haben aber keinen Grund zur Schadenfreude. Auch der SPD-Skandal fällt leider auf alle politisch engagierten Menschen zurück. Es führt zur Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger und schürt pauschales Mißtrauen. Deshalb bedarf es jetzt der Aufklärung, damit deutlich wird, wer was zu verantworten hat und welche Konsequenzen sich daraus zu ergeben haben.

Es ist besonders wichtig, auf die Unterschiede zwischen CDU und SPD hinzuweisen. Denn hier geht es nicht nur um Verstöße gegen das Parteiengesetz. Hier geht es um persönliche Bereicherung und die Frage, ob SPD-Politik käuflich gewesen ist. (siehe auch Seite 2)

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

SPD Spendenskandal	...S.2
Schröder-Pläne ohne Substanz	...S.3
Stimmungskurve für Union steigt weiter	...S.4
Tod in Afghanistan	...S.5
Ist „Hire and Fire“ gesund?	...S.6
Optimal fördern und fordern	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

SPD Spendenskandal



►► | Der **SPD-Korruptionsskandal** ist für uns kein Grund zur Häme oder Schadenfreude. Was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, schadet der Politik insgesamt ! Allerdings hat nun auch hier die Stunde der Wahrheit für die SPD geschlagen: Sie muss sich an ihrem hohen moralischen Anspruch messen lassen, den sie immer wieder betont hat.

In einer schamlosen Art und Weise und mit moralischer Überheblichkeit hat gerade die SPD versucht, der Regierung Kohl im Zusammenhang mit der Leuna-Privatisierung Bestechlichkeit und persönliche Bereicherung zu unterstellen und die CDU in Sippenhaft zu nehmen. Staatsanwaltschaften wurden unter Druck gesetzt, damit sie Anklage erheben. Mehrfach wurde von der Justiz bestätigt, dass es im Fall Leuna keine Käuflichkeit von CDU-Mandatsträgern gegeben hat.

Ingrid Fischbach: „Das fällt jetzt auf die SPD zurück. Hier gibt es persönliche Bereicherung in Form von Steuervorteilen durch illegale Spendenquittungen. Nicht irgendwer, sondern der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im NRW-Landtag hat bereits die Annahme einer solchen Quittung bestätigt.

Und Schröders Generalsekretär Müntefering wäscht als damaliger SPD-Landesvorsitzender seine Hände in Unschuld. Es ist beinahe nur noch eine Randnotiz, dass damit offenbar die Rechenschaftsberichte 1994 bis 1999 der Bundes-SPD falsch sind.“

Wenn die Herren Struck und Müntefering Ehrenmänner sein wollen, dann ist jetzt die Zeit gekommen, zu ihren eigenen Maßstäben zu stehen.

Noch einmal zur Erinnerung:

→ „**Wir stückeln keine Spenden! Ich wiederhole es noch einmal: Spenden stückeln wir nicht. Wir rechnen sie**

zusammen. Noch nie hat ein Spender uns eine Spende über 20.000 DM angeboten und von uns verlangt, wir sollten die Spende stückeln, um die Veröffentlichungspflicht zu umgehen. Wir würden dies auch ablehnen. Wir führen im Gegenteil die Spenden zusammen. **Wir überprüfen alle Spenden, die wir erhalten, vom Parteivorstand bis zu den Ortsvereinen, ob es einen Zusammenhang bei den Spendern gibt.**“

SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier im Dezember 1999

→ „Die CDU war eine Schwarzgeldpartei, [...] das werden wir denen auch in der nächsten Zeit und im nächsten Wahlkampf noch mal vorhalten, was das für eine Partei ist, nämlich eine schmutzige Partei.“

SPD-Fraktionschef Peter Struck im November 2001

→ „Eine Oppositionspartei wie die CDU hat überhaupt nicht die moralische Legitimation, unser Land zu regieren.“

SPD-Fraktionschef Peter Struck in der Bundestagssitzung am

28.11.2001



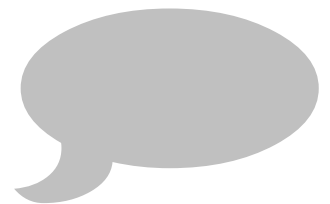
Schröder-Pläne ohne Substanz

►► | Der März bringt weitere, bittere Stunden der Wahrheit für Rot-Grün.

Die 4,3 Millionen Arbeitslose bleiben das zentrale Armutszeugnis der Regierung Schröder.

Der Versuch, die Arbeitslosigkeit mit Statistikänderung zu bekämpfen, ist vorerst – zu recht – gescheitert. Der designierte BA-Chef Gerster prescht rabiat vor und wird von seinem Dienstherrn Riester zurückgepiffen. Die Gewerkschaften schäumen.

Unklar bleibt, welche Linie der Bundeskanzler verfolgt. Die Gerster-Linie, da Nachdenken erlaubt sei, oder doch die Riester-Linie, weil dem Gedanken lieber keine Tat folgen solle ? Hat Gerhard Schröder überhaupt eine Linie ?



Spruch der Woche

*"Beliebig und schwammig,
nichts sagend und nach
allen Seiten offen."*

Klaus Lang
IG-Metall-Chefdenker,
über die Politik von
Bundeskanzler Gerhard
Schröder

Dazu passt, dass unter Beugung sämtlicher Verfahrensregeln noch in dieser Woche eine neue Regelung zur Rolle der privaten Arbeitsvermittler durch das Parlament gepeitscht werden soll.



Der neue Vermittlungsgutschein für den Arbeitsuchenden sieht zwar gut aus, sein Geldwert ist aber viel zu gering.

Ingrid Fischbach: „Der im Gesetzentwurf vorgesehene Weg, dass der Vermittelte den größten Teil der Vermittlung durch den privaten Arbeitsvermittler selber zahlen soll, ist Gott sei Dank auf unser Drängen hin abgemildert worden: die Höchstgrenze für die Inanspruchnahme eines privaten Vermittlers beträgt 1.500 Euro.“

Es heißt außerdem: *„Der Arbeitsuchende ist zur Zahlung der Vergütung ... nur verpflichtet, wenn in Folge der Vermittlung des Vermittlers der Arbeitsvertrag zustande gekommen ist. Der Vermittler darf keine Vorschüsse auf die Vergütungen verlangen oder entgegennehmen.“* ◀◀

Im Februar waren 4.296.000 Menschen arbeitslos.

Das sind 6.200 mehr als im Januar; 183.500 mehr als vor einem Jahr.

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen steigt bereits seit Dezember 2000 kontinuierlich an, bis Februar 2002 um 203.000.

Stimmungskurve für Union steigt weiter

▶▶ | Kommunalwahlen in Bayern: CSU top – SPD flop. Während die CSU mit landesweit 45,5% (+2,4 Prozentpunkte) auf das beste Kommunalwahlergebnis seit 1984 kam, musste die SPD mit 25,2% (-0,5) das schlechteste Ergebnis seit 50 Jahren einstecken.

Inzwischen **glauben 67% der Deutschen an einen Sieg von Union und FDP** am 22.9.2002. Im Politbarometer liegt Edmund Stoiber bei der Kanzlerfrage mit 45% Zustimmung (+5 Prozentpunkte) inzwischen fast gleich auf mit Amtsinhaber Schröder, der von 49 % auf 47% absackt. <<<



Sabine Christiansen und Ingrid Fischbach im Rahmen des Besuches bei der Gruppe der Frauen der CDU/ CSU Bundestagsfraktion.

Tod in Afghanistan

▶▶ | **Der tragische Tod deutscher Soldaten** in Afghanistan führt uns allen vor Augen, dass es keinen risikolosen Militäreinsatz gibt.

Ingrid Fischbach: „Als Parlamentarier werden wir daran erinnert, welche immense Verantwortung wir auf uns nehmen, wenn wir im Bundestag einem Kampfeinsatz der Bundeswehr zustimmen.“

Die Bundesregierung pflegt seit der Dezember-Entscheidung des Bundestags eine Informationsverweigerungspolitik, die weder den Rückhalt im Parlament noch in der Öffentlichkeit stärkt. Auch jetzt redet die Bundesregierung von „Unfall“, um das Wort „Einsatz“ zu vermeiden. Der Grund ist klar: Es gilt um



Wußten Sie schon ,

... dass 20 Milliarden Münzen der alten D-Mark-Währung nach Ablauf der Rückgabefrist des Handels nicht mehr umgetauscht worden sind? Einen geringen Teil davon haben Sammler in ihre Münzalben gesteckt. Der größte Teil der noch fehlenden Münzen dürfte aber nie wieder auftauchen.

alles in der Welt eine Debatte in den eigenen, unzuverlässigen Reihen zu verhindern. Auch das ist ein Preis der Vertrauensfrage im November! <<<



Ist „Hire and Fire“ gesund?

▶▶ Die Personal(gesundheits)politik des Bundesministeriums für Gesundheit hat es in sich. Nach dem Regierungswechsel 1998 sind der beamtete Staatssekretär sowie drei von fünf Abteilungsleitern ausgewechselt worden. Nach dem Wechsel der Bundesministerinnen sind erneut der beamtete Staatssekretär sowie zwei von vier Abteilungsleitern ausgetauscht worden.

Mittels einer Anfrage an die Bundesregierung wollen wir nun nicht nur wissen, welche Kosten aus den Entlassungen von Staatssekretären und Abteilungsleitern resultierten. Es soll auch dargestellt werden, um wie viel sich die Zahl der Mitarbeiter im Leitungsbereich seit dem Regierungswechsel erhöht hat. <<<

Optimal fördern und fordern

▶▶ Dies ist die zentrale Aussage unseres „**Offensiv**“-Gesetzentwurfes ("**O**ptimal **f**ördern und **f**ordern - **e**ngagierter **S**ervice **i**n **V**ermittlungsagenturen"), den wir in dieser Woche eingebracht haben. Soziale Leistungen sollen an Beschäftigung sowie Aus- und Weiterbildung gebunden werden, um so Anreize für die Aufnahme einer Arbeit zu schaffen.

Das Gesetz faßt die Betreuung, Qualifizierung, Vermittlung und Leistungsgewährung in zentralen Vermittlungsagenturen zusammen. So kann die Eigeninitiative von Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern gefördert und der Vorrang von Arbeit vor Sozialleistungen ohne Gegenleistung betont werden. <<<



... das Allerletzte!

*"Ich war in meiner
Funktion wohl
überfordert."*

Manfred Biciste
studierter Mathematiker
und Exschatzmeister der
Kölner SPD